

Wo Quartiersentwicklung draufsteht muss auch Beteiligung drin sein

Ansätze und Erfahrungen aus Bremen - Tenever

Das Programm WiN -Wohnen in Nachbarschaften

Ich möchte Ihnen das Bremer Programm WiN - Wohnen in Nachbarschaften" vorstellen als Antwort auf:

- die zunehmende gesellschaftliche Spaltung in arm und reich (und die damit einher gehenden Segregationsprozesse)
- die sich daraus ergebende Notwendigkeit der nicht nur städtebaulichen Korrekturen in den benachteiligten Gebieten
- die wachsende Distanz zwischen Politik / Verwaltungsprofis und dem realen Leben und Stimmungen in der Bevölkerung
- den wachsenden Bedarf nach Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement

Herauskristallisiert hat sich in nunmehr vierjähriger Praxis (mit dem Vorläufermodell „Nachbesserung von Großsiedlungen“: 13 Jahre), dass dezentrale Ressourcenverteilung und neue Formen des Bürgerengagements möglich und sinnvoll, ja erfolgreich sind.

Rahmendaten, Prinzipien und Handlungsfelder des Programms WiN

Der Bremer Senat hat dieses Programm für den Zeitraum 1999-2004 mit ca. 10 Mio. € aufgelegt, um 10 benachteiligten Quartieren (soziale Brennpunkte, Sanierungsgebiete oder vornehmer ausgedrückt: Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf) und ihren Bewohnern/innen eine Verbesserung ihrer Lebens- und Alltagssituation zu ermöglichen. Mittlerweile wird das Programm durch das Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" ergänzt, so dass jedem Stadtteil / Quartier in Bremen jährlich ca. 270.000 € zur Verfügung stehen (alle Gebiete erhalten die gleiche Summe - egal, ob es sich um Brennpunkte handelt oder Ge-

biete, deren "Abkippen" zum Sozialen Brennpunkt verhindert werden soll, egal ob in dem Gebiet 20.000 Einwohner/innen leben oder 1.500 - verdient haben alle Gebiete diese Summe und benötigen täten sie alle mehr - allerdings ist bei der beschlossenen Fortführung des Programms bis 2010 geplant die finanzielle Ausstattung der Gebiete stärker den jeweiligen Bedarfen anzupassen.)

Finanziert wird das Programm von 7 Senatsressorts, die Federführung liegt beim Senator für Bau und Umwelt sowie dem Sozialsenator. Aus dem Programm können sowohl investive als auch Personal- und konsumtive Ausgaben bestritten werden (ein enormer Pluspunkt gegenüber dem Programm Soziale Stadt, das im Wesentlichen ja nur investive Maßnahmen fördert.)

Prinzipien

Das Programm ist ressortübergreifend

Grundgedanke dabei ist, dass der Problemlage dieser Gebiete nur ein integriertes Handlungskonzept gerecht wird. Dass es nicht nur um Fragen der Architektur geht oder mehr Sozialarbeiter/innen eingestellt werden müssen, sondern dass alle gesellschaftlichen Bereiche zur Verbesserung der Lebenssituation beitragen müssen. Eine Verbesserung der Wohnsituation in manchen Quartieren ist auch im Interesse der sozialen Situation des Quartiers; eine bessere Infrastruktur ist hilfreich für die Stabilität des Gebietes etc. etc.

Das Programm lebt von public-private partnership

Empfänger der Gelder sind nicht nur Ämter, die zusätzliche Anstrengungen zur Verbesserung der Quartierssituation vornehmen, sondern in hohem Maße auch Wohnungsunternehmen, freie Träger, Vereine, Bewohnergruppen. Schon durch die Grundsatzzregelung, dass jedes Projekt nur mit maximal 50% der Gesamtkosten gefördert wird, ist sichergestellt, dass zusätzliche Gelder für diese Quartiere mobilisiert werden. Zur Zeit kann man sagen, dass 1 € WiN-Geld in Tenever ca. 6-7€ der jeweiligen Träger (Eigenmittel bzw. Sponsoren, Arbeitsamt, Stiftungsmittel etc.) nach sich zieht.

Alle Maßnahmen sollen zu einer Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements beitragen

Insbesondere durch die Bedingung der Bewohner/innen- und Nutzer/innenbetei-

ligung bei allen Projekten wird das bürgerschaftliche Engagement verstärkt. So wird durch das Einräumen von mehr Bürgerrechten auch ein Beitrag zur Entfaltung und Stärkung des Selbsthilfepotentials geleistet sowie zur Stärkung des Verantwortungsgefühls für das Gemeinwesen.

Bildung von Quartiersbudgets

Die Schaffung von Quartiersbudgets entspricht der Ressourcen- und Verantwortungsdelegation.

Handlungsfelder

Die Mittel werden in erster Linie eingesetzt in folgenden Handlungsfeldern

- Wohnungsbestand und Neubau (u.a. Wohnumfeldverbesserung)
- Städtebau (u.a. Verbesserung der Infrastruktur)
- Wirtschaftliche Effekte und Ökonomie (eine der wichtigsten Punkte für die Quartiere, aber bisher am schwierigsten und nur bei ganz wenigen Projekten realisiert)
- Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung (bedeutsam für die Menschen in den Quartieren mit ihrem geringeren Qualifikationsniveau und der überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit; die meisten Maßnahmen allerdings im Bereich des zweiten Arbeitsmarktes)
- Gemeinwesenbezogene Prävention und Integration (die meisten Projekte sind in diesem Bereich angesiedelt)
- Soziale und kulturelle Netzwerke / Förderung von Eigeninitiative und Selbstorganisation

Wie funktioniert das - am Beispiel Bremen-Tenever

Dieses Quartier ist seit langem ein sozialer Brennpunkt - und *der* Integrationsstadtteil Bremens. Ein Quartier wie jedes andere auch aber mit fünf Besonderheiten:

Tenever ist hoch.

Hier leben zur Zeit ca. 6.000 Menschen in Sozialwohnungen. ‚Urbanität durch Dichte‘ versprochen uns die Planer und Architekten. Doch es kam wie bei Christian Morgenstern: ‚Der Architekt jedoch entfloh - nach Afri od Ameriko‘. Die Hochhäuser gehören verschiedenen Eigentümern mit sehr unterschiedlichem bürgerschaftlichen Engagement und Sozialstaatsverhalten. Der Zustand der Häuser und des Wohnumfeldes ist zum Teil sehr schlecht, ganz nach dem

Motto „Tausendmal Miete kassiert, - aber sonst ist überhaupt nichts passiert.“ Wir betonen das deshalb besonders, damit nicht der Eindruck entsteht, es seien die Menschen in diesen Wohngebieten, die für den unwirtschaftlichen, und zum Teil desolaten Zustand dieser Wohnblöcke verantwortlich gemacht werden können. Nein, es sind einige Eigentümer, die ihre Wohnungen oder das Wohnumfeld verkommen lassen. Allerdings, gerade auch durch das Bewohner/innen- und Quartiersengagement wird sich die Situation wesentlich verändern. Der Bremer Senat hat eine umfangreiche Sanierung der Wohngebäude, größere städtebauliche Maßnahmen inkl. Abriss von Wohnblöcken beschlossen. Im Zeitraum 2003 - 2008 wird diese Sanierung im Rahmen des Stadtumbaus West jetzt (besser schon vor 20 Jahren) durchgeführt. Die Gesamtkosten von 75 Mio. € (inkl. Eigentumserwerb) werden aufgebracht von dem städtisch geförderten Erwerber (OTG: 42 Mio. €), der Stadt (30 Mio. €) sowie aus dem Stadtumbau West (3 Mio. €).

Tenever ist jung.

Er ist der kinderreichste Ortsteil von ganz Bremen; Ein Drittel ist unter 16 Jahren. Hier wächst gewissermaßen die Zukunft Bremens und somit der Sozialversicherungssysteme heran. Nur haben Kinder nicht solch eine Lobby wie Investoren, denen ja in allen Städten rote Teppiche ausgerollt werden.

Tenever ist international.

Es ist Heimat für Menschen aus 80 Ländern, 40 % der Bewohner sind Ausländer/innen; 25 % sind Aussiedler/innen, macht zusammen 2/3 Menschen mit Migrationshintergrund. Mit all seinen Vorteilen der Interkulturalität, der Kulturvielfalt, Weltoffenheit und Toleranz fordernd und fördernd. Aber es ergibt sich auch ein großer Integrationsbedarf. EXKURS: Die Tenevers sind die Integrationsstadtteile Deutschlands!

Tenever ist schließlich arm.

Ich sehe da einen deutlichen Zusammenhang zu den vorgenannten drei Besonderheiten Tenevers. Indikatoren für Armut weit überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug 33% etc., mit all seinen Folgen für die Gesundheit, die soziokulturelle Benachteiligung (Achte auf PISA - Deutschland Weltmeister bei der sozialen Selektion) und das geringere Selbsthilfepotential.

Und Tenever hat eine aktive Bewohnerschaft und ein gutes soziales Netzwerk, das auch mit Hilfe des WiN-/Soziale Stadt-Programms und seines Vorläufers, eines Nachbesserungsprogramms, gut ausgebaut worden ist

Der Rahmen für das WiN-Programm in Tenever

Als Anschubs- bzw. Ergänzungsfinanzierung stehen dem Quartier jährlich ca. 270.000 € aus den Programmen WiN und Soziale Stadt zur Verfügung (die Bewohner/innen und auch die anderen Akteure interessiert nicht sonderlich aus welchem Programm die Gelder kommen, sondern wie viel real für den Stadtteil zur Verfügung steht). Für die Entwicklung und Umsetzung ist vor Ort eine Projektgruppe eingesetzt (eine Fachkraft des Amtes für Soziale Dienste als Quartiersentwickler, eine halbe Stelle des Stadtplanungsamtes; und seit kurzem eine weitere Fachkraft für die zusätzliche Beteiligungsaktivitäten im Rahmen der Sanierung). Uns obliegt die Quartiersentwicklung und die Projektsteuerung und Moderation. Sie sehen hier also die öffentl. Verwaltung als aktivierende, als steuernde und moderierende Verwaltung. Die Projektgruppe ist nicht an die übliche Hierarchie und Dienstwege gebunden, sondern kann sich Ämter- und ressortübergreifend an die Zuständigen wenden, hinweisen, koordinieren, beschweren etc.

Die Stadtteilgruppe Tenever als zentrales lokales Forum der Quartiersentwicklung

Für das WiN-Programm und die Stadtteilentwicklung haben wir die Stadtteilgruppe Tenever geschaffen. Hier treffen sich alle 6-8 Wochen alle mit dem Gemeinwesen verbundenen gesellschaftlichen Kräfte. (Ende des Jahres wird die 100. Sitzung dieses lokalen Forums stattfinden). Die Sitzungen sind öffentlich. Jeder kann daran mit den gleichen Rechten teilnehmen. Die Ankündigung erfolgt durch Aushänge und in der Presse. Von den Sitzungen werden umfangreiche Protokolle erstellt.

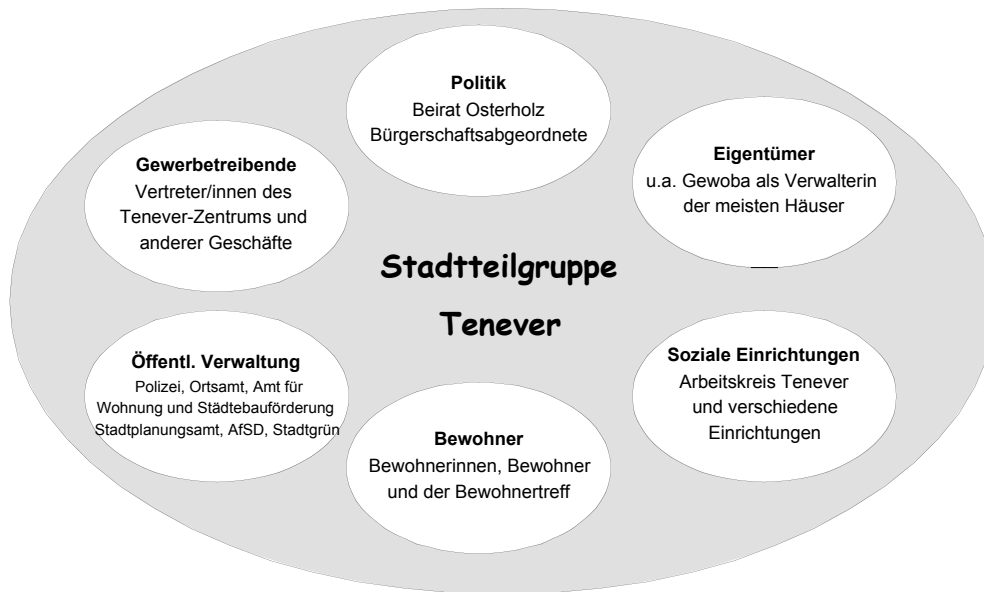
Zusammensetzung der Stadtteilgruppe

- Alle interessierten Bürger/innen und Bewohner/innengruppen - schließlich geht es um sie.

- Die Wohnungsunternehmen, schließlich ist die Wohnung die ‚dritte Haut‘ des Menschen, also von zentraler Bedeutung. Immer dabei die mehrheitlich im städtischen Besitz befindliche Gewoba. Sie ist Eigentümerin von einem Drittel aller Wohnungen des Hochhausquartiers und verwaltet 90% aller Tenever-Wohnungen. Zeitweise nehmen auch weitere Wohnungsbesitzer/verwalter an den Sitzungen teil.
- Die Gewerbetreibenden (lokale Ökonomie); Wir haben in Tenever nur wenige Geschäfte und Ärzte in einem Zentrum und einige Gaststätten / Imbisse, die auch noch unter der geringen Massenkauftkraft leiden und kaum gewerbliche Arbeitsplätze. Aber der Vertreter der lokalen Werbegemeinschaft des Zentrums nimmt meistens an den Sitzungen teil.
- Die sozialen, kulturellen, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen. Ihre Vertreter nehmen entweder selbst an den Sitzungen teil bzw. sie werden vertreten durch die Selbstorganisation all dieser Einrichtungen, den Arbeitskreis Tenever als Netzwerk.
- Die Politik. Mitglieder des Kommunalparlaments (Beirat Osterholz) sowie zwei - drei Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) nehmen regelmäßig an allen Sitzungen teil.
- Die öffentliche Verwaltung. Regelmäßig dabei sind Vertreter des Amtes für Wohnung und Städtebau, des Stadtplanungsamtes, des Amtes für Soziale Dienste, der Polizei, des Ortsamtes und von Stadtgrün

In der Regel nehmen ca. 60 - 90 Menschen an den Sitzungen teil, davon ca. 30-70 BewohnerInnen. (Wir hatten allerdings in den 90ern auch schon mal Sitzungen mit nur 7 - 20 Bewohner/innen) Diese Stadtteilgruppe repräsentiert die wesentlichen Kräfte des Gemeinwesens. In diesem Gremium werden alle Fragen des Quartiers beraten, Projekte vorgestellt und über die Vergabe von öffentlichen Mitteln (Steuern!) für den Stadtteil entschieden.

Bevor aber Entscheidungen über Projekte und damit die Vergabe von Geld in der Stadtteilgruppe fallen; kommt traditionell die Erörterung von ‚Aktuelle Fragen und Probleme‘. Dieser TOP wurde auf Wunsch der Bewohnerinnen und Bewohner eingeführt. Hier können alle Akteure aktuelle Fragen des Gemeinwesens besprechen.



Die Stadtteilgruppe entscheidet im Konsens über die Vergabe öffentlicher Mittel (WiN und Soziale Stadt). Sie tagt als lokales Forum ca. alle 6 Wochen öffentlich.

Dabei geht es um Mieter– Vermieter- Probleme, aufgebrochene Keller, verschmutzte Eingänge, aber auch große politische Themen wie drohende Schließung einer Stadtbibliothek, Umweltfragen, Fragen der Sicherheit, Imageprobleme des Stadtteils etc. Die Fragestellungen und Meinungen werden kurz thematisiert, in der Regel von den Zuständigen (die ja in der Regel mit am Tisch sitzen) beantwortet bzw. auf der nächsten Sitzung berichtet, wie die angesprochenen Probleme gelöst (oder auch nicht und dann aus welchem Grund) wurden. Sollte das aktuelle Thema von größerer Bedeutung sein, wird es auf einer der nächsten Sitzungen, mit den Zuständigen aufbereitet, in einem extra Tagesordnungspunkt behandelt. Wer aufmerksam lauscht bei diesem Tagesordnungspunkt Aktuelles, der weiß um die aktuellen Probleme und Stimmungen im Stadtteil Bescheid.

Beim zweiten Tagesordnungspunkt können Bewohner/innen, aber auch Ämter, Wohnungsunternehmen und andere Träger, Ideen für neue Projekte darlegen, Projekte vorstellen und beraten. Wichtig bei uns ist für alle Projekte, dass sie im Laufe ihrer Bearbeitung der aktiven Beteiligung von Bewohner/innen bedürfen. Dazu können beitragen: Hausversammlungen, thematische Versammlungen, Hofversammlungen, Umfragen, Veranstaltungen, Arbeitsgruppen, Klingelaktionen, aber z.B. auch die Senio-

rentreffen (auf denen sich jährlich 10% aller Rentner Tenevers versammeln, um ihre spezifischen Anliegen einzubringen). So wird mit den ersten beiden TOP's der Stadteildiskurs über die Angelegenheiten des Quartiers öffentlich und langfristig geführt. Im Ergebnis können sich daraus Prioritätenlisten für die verschiedensten Projekte ableiten.

Beim dritten TOP geht es schließlich um die Mittelvergabe. Zur Zeit verfügt der Stadtteil Tenever aus den Programmen ‚Wohnen in Nachbarschaften (WiN) / Soziale Stadt‘ über 270.000 € pro Jahr. Diese Mittel (als Anschub- bzw. Ergänzungsfinanzierung von Projekten) werden nur vergeben, wenn in der Stadtteilgruppe Konsens über die Vergabe erzielt wird. D. h.: alle Beteiligten haben ein Vetorecht! Das ist sicherlich sensationell. Es ist allerdings kein einklagbares Recht, sondern eine Selbstverpflichtung von Politik und Verwaltung. In Bremen ist dieses abgesichert durch Beschluss des Senats und der Bürgerschaft.

Dabei kann man sich von der klaren Erkenntnis leiten lassen, dass die Bewohner/innen Experten ihres Wohnumfeldes, ihres Alltagslebens sind und nicht zuletzt von der Tatsache, dass sie die Betroffenen von allen Maßnahmen im Quartier sind. Dem entsprechend sollen sie im Mittelpunkt stehen und besondere Rechte der Mitbestimmung erhalten. Zugleich kann man davon

ausgehen, dass die Qualität und Effizienz der Maßnahmen gesteigert wird. Zumal es gerade die Bewohner/innen sind, die besonders sparsam mit dem Geld umgehen. Schließlich wird so auch die Akzeptanz von Maßnahmen in der Bewohnerschaft und im Gemeinwesen gestärkt. Im Grunde genommen haben wir die objektiven Vetorechte von Wohnungseigentümern (Privateigentum lt. Grundgesetz geschützt), von Verwaltung (Verwaltungsvorschriften) und Politik nur ergänzt um das Vetorecht für die Betroffenen.

Sicherlich werden jetzt einige von ihnen Zweifel anmelden: Das klappt doch nie!

Lassen wir die Praxis zu Wort kommen. In den letzten viereinhalb Jahren haben wir ca. 110 Projekte bearbeitet; große und kleine. 160 mal haben wir Konsensbeschlüsse in diesem Zeitraum gefasst. (Wie sie der beiliegenden WiN/Soziale Stadt Mittelübersicht entnehmen können, erhalten viele Projekte in mehreren Jahren Geld, um sich zu etablieren und dann die Chance haben, in eine Regelfinanzierung überführt zu werden, wenn sie sich bewähren. Z.B. der jetzt öffentlich eingeweihte Kinderbauernhof, der 5 Jahre lang von uns mit ca. 50.000 € gefördert wird sich und ab 2005 selber trägt).

Alle basieren auf einem Konsens in der Stadtteilgruppe, die für einzelne Projekte zwischen 750 € - 60.000 € (pro Jahr) Mittel bewilligt hat. Bei diesen Projekten geht es dann um Fragen der Haussanierung, der Wohnumfeldverbesserung, der Einrichtung von Conciergen (unserem Exportschlager), um die Verbesserung der Infrastruktur (damit sind sowohl Spielplätze, Kindergruppenräume, als auch eine aus WiN-Mitteln mitfinanzierte gläserne Polizeiwache gemeint). Spielplätze wurden mit Eltern-Kinderbeteiligung saniert, Schulhöfe umgestaltet mit Hilfe von Eltern und Lehrern ein Mütterzentrum errichtet, ein Gesundheitstreffpunkt für Frauen geschaffen, eine Umwelt-Lernwerkstatt etabliert, Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte unterstützt usw., usw. Darüber hinaus gibt es auch einen Bewohnerfonds über 7.000 €; der ausschließlich Bewohner/innen (nicht für Vereine, Träger, Profis etc.) zur Verfügung steht. Damit können kleinere nachbarschaftliche Aktionen, Feste, Initiativen bis zu jeweils 1.500 € gefördert werden. In diesem langen Prozess bildet sich natürlich auch Vertrauen und Kooperation zwischen allen Beteiligten heraus. Was nicht heißt, dass wir nicht in der Tat auch ein Auf und Ab in dieser Entwicklung des Bewohner/innenengagements erlebt hätten und uns auch mit ‚Querulanten‘ auseinander setzen müssen. Und sicherlich ha-

ben wir auch bedingt durch ein Veto von Wohnungsgesellschaften, der Politik oder eben auch der Bewohner/innen manche Projekte verhindert und nicht realisiert. Aber das war dann wahrscheinlich auch gut so, weil sie eben nicht über den nötigen Rückhalt im Quartier verfügt haben bzw. nicht in ihrer Dringlichkeit so gesehen wurden.

11 von 100 Fragen zum Tenever - Modell

Bewohnerbeteiligung: Wer beteiligt sich? Wie viele beteiligen sich?

An Hausversammlungen / Bewohnerplanungssitzungen nehmen zwischen 5 bis 50% der Betroffenen teil. (Wir haben daraus die Schlussfolgerung gezogen, dass wir bei Wohnprojekten neben Klingelaktionen auch tagsüber die ganze Zeit im Eingang stehen und informieren, beraten, notieren. Dabei erreichen wir in der Regel 90% der Hochhausbewohner/innen).

An den regelmäßigen Stadtteilgruppensitzungen nehmen zwischen 30 und 70 Bewohner/innen teil. Das ist eigentlich recht viel, wenngleich man sich natürlich immer noch mehr Menschen wünschen würde mit ihren Ideen und Meinungen. Neben Desinteresse ist das auch darauf zurückzuführen, dass viele Bewohner/innen sich durch den aktiven Bewohnertreff (Bewohnerselbstorganisation) oder andere Multiplikatoren (z. B. der sozialen Einrichtungen) wohl gut vertreten fühlen. Wer beteiligt sich? In erster Linie sind es Frauen, wenig Migrantinnen (außer bei Mietfragen, Wohnungsfragen und als es z. B. um die Etablierung einer Moschee ging; und in letzter Zeit verstärkt durch und über die Interkulturelle Werkstatt). Und Kinder und Jugendliche kommen zu den Stadtteilgruppensitzungen nur bei spezifischen Projekten und wenn sie auf ihre Interessen aufmerksam machen wollen (Skaterbahn, Jugendräume, Fußballplatzsaniierungen, aus Protest gegen Kürzungen im Jugendbereich etc.).

Entscheidend ist, das gerade Kindern und Jugendlichen Orte und Mitmachprojekte angeboten werden. Bei ihren konkreten Projekten sind sie aktiv dabei. Natürlich ist jede Spielplatzumgestaltung von ihnen mit ange-regt, in Kindereinrichtungen oder mit Zukunftswerkstätten (siehe Broschüre: Die Neugestaltung eines Hochhausspielplatzes - Kinder als Experten/innen) beplant und mit Aktionen und Festen auch umgesetzt worden. Jedes WiN / Soziale Stadt-Projekt, das

finanziell unterstützt wird, setzt auch auf Eigenleistungen der Jugendlichen (bei der Skaterbahn konzeptionell und ganz praktisch bei der Herrichtung des Platzes; Sanierung von Bolzplätzen, Einrichtung von Cliquesräumen etc.). Oder die Organisation und Spielleitung der Tenever - Liga, in der 30 internationale Mannschaften zweimal die Woche um ihren Pokal spielen (Integration durch Sport), wird von jugendlichen Betreuer/innen gewährleistet. Besonders erwähnen möchte ich noch die mit den sozialen Einrichtungen organisierten Kinderkulturprojekte von Quartier e.V.: Hunderte Kinder arbeiten wochenlang mit Künstler/innen in Schulen und Einrichtungen zu speziellen Themen (Glück, Licht, Lehmbau, Wasser, Wohnung einrichten), um ihre Kunstwerke dann im Quartier und in der Stadtmitte zu präsentieren.

Am meisten aber beteiligen und engagieren sich die Bewohner/innen bei einzelnen Aktionen, praktischen Aktionen mit sichtbarem Ergebnis. So ist die Teilnahme von ca. 300 Erwachsenen und 800 Kindern und Jugendlichen bei unseren Picobello Aktionen sicherlich eine richtige Massenaktion, wo ein Ortsteil einen ganzen Tag lang mit ökologischen Projekten und praktischem Saubermachen picobello herausgeputzt wurde. Oder als bundesweit die NPD mit rassistischen Sprüchen durch Tenever demonstrieren wollte, haben sich viele Bewohner/innen und die sozialen Einrichtungen zusammen geschlossen, um das internationale Quartier zu verteidigen und ein großes internationales Freundschaftsfest zu feiern. So wurde ein Beitrag geleistet, dass die Nazis nicht durchkommen konnten. Oder bei den Wohnumfeldmaßnahmen, der Herrichtung neuer Spielplätze, der Einrichtung von selbstgenutzten Räumen, der Renaturierung eines Baches etc. nehmen Bewohner/innen Spaten und Harke in die Hand. Sie planen nicht nur die Umfeldveränderung, sondern setzen sie auch mit um.

Kommen wirklich alle Sichtweisen in den Diskurs oder setzen sich doch vor allem mittelschichtorientierte Kräfte durch?

Zunächst: ‚Mittelschicht‘ gibt es im Hochhausviertel nicht. Und mit Atmosphäre, Ansprache und Sprache und anderen Artikulationsformen kann man ein Klima schaffen, in dem alle auf ihre Art gleichberechtigt mitwirken. Allerdings werden bestimmte Strömungen in der Bewohnerschaft auch nur dank der Multiplikatoren, insbesondere des Bewohnertreffs und der Interkulturellen Werk-

statt als wichtigste Bewohnerselbstorganisationen, vertreten. Ganz besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang auch die sozialen Netze, die im Wesentlichen durch die sozialen Einrichtungen wie Kindergärten, Mütterzentrum, Gesundheitstreffpunkt, Haus der Familie, Spielhaus, Horte, Arbeitslosenzentrum, Schulen, Kulturbüro etc. dargestellt werden. Gerade vor dem Hintergrund der materiellen Armut und der vielen Migranten/innen in Tenever sind diese Orte der Kommunikation und Beteiligung von zentraler Bedeutung. Hier werden die meisten Bestandteile des Stadteildiskurses gepflegt. In der Stadtteilgruppe treffen sich möglicherweise alle 6-8 Wochen 50, 60 Bewohner/innen gemeinsam mit Verwaltung usw. Aber in unseren fünf Kindergärten geben Eltern jeden Tag über 500 Kinder ab, sprechen mit den Betreuerinnen über ihre täglichen Sorgen, ihre Ideen, Wünsche und Vorstellungen. Das wirkt über das Netzwerk der sozialen Einrichtungen in die Stadtteilgruppe und damit in den Gesamtstadtteil - Diskurs ein. Hier finden viele Bürger/innen, die sich vielleicht nicht trauen auf einer Stadtteilgruppensitzung das Wort zu ergreifen, die Möglichkeit ihre Vorstellungen und Meinungen mit anzubringen. Deswegen gehören zu einer engagierten Bürgergesellschaft unbedingt auch diese Räume und Möglichkeiten, wo Bürger/innen sich meinungsbildend treffen und organisieren können.

Welche Formen der Bewohnerbeteiligung werden angewandt?

Dazu können beitragen Hausversammlungen, thematische Versammlungen, Hofversammlungen, Umfragen, Veranstaltungen, Klingelaktionen, aber z.B. auch die Seniorentreffen (auf denen sich jährlich 10% aller Rentner Tenevers versammeln, um ihre spezifischen Anliegen einzubringen). Schließlich werden Bewohnerseminare, Exkursionen und Bewohnertreffen durchgeführt. Regelmäßig wird auch der Bewohnertreff gesondert über alle wichtigen neuen Projekte informiert.

Wie wird Beteiligung gefördert?

Vor allem, in dem man die Bewohner/innen ernst nimmt. Es ist richtig, die Bewohner/innen und ihr Engagement in den Mittelpunkt zu rücken. Denn schließlich geht es um sie, ihr Gemeinwesen, ihre Bürgergesellschaft. Das erstreckt sich auf die Themen, die Inhalte, die Rechte der Bürger/innen, die Sprache, die Vermittlung, die

Bürgernähe und die Anerkennung des Engagements der Bürgerinnen und Bürger. Ein kleines Beispiel: So wie Hollywood seinen Oscar hat, hat Tenever seinen ‚Goldenen Skyscraper‘. Auf einer großen Gala, die wie die Oscar-Verleihung in Hollywood aufgezogen war, haben wir im letzten Jahr ehrenamtliche engagierte Teneveraner/innen und Gruppen mit dem ‚Goldenen Wolkenkratzer‘ ausgezeichnet. Eingeleitet wurde dies mit einem kurzen Filmbeitrag (erstellt vom Quaaak-Kanal - einem Video-Magazin - das der Bewohnertreff in Kooperation mit dem Arbeitslosenzentrum produziert und monatlich über den Offenen Kanal Bremen ausstrahlt) über die aufzuzeichnende Person oder Gruppe. Danach kam eine Laudatio und anschließend ein kultureller Beitrag. Ausgezeichnet wurden nur ehrenamtliche Aktivitäten. Das war ein großes Fest für Tenever.

Wie verhält es sich mit der Dialektik von Fachkompetenz und Bewohner-/ Betroffenenkompetenz?

Das ist ein fruchtbarer Prozess, wenngleich wir den Vorteil haben nun schon 13 Jahre so zu arbeiten. Es ist nicht leicht für einen Freiraumplaner oder einen Architekten, dass Bewohner/innen in ihren Planungen ‚rumkritzeln‘. Aber das Nutzen des ‚Expertenwissens‘ der Bewohner/innen um ihren Alltag und das klare Festhalten an der Erkenntnis, dass die BewohnerInnen schließlich die ‚Betroffenen‘ jeder Veränderungsmaßnahme sind, macht sich letzten Endes positiv bemerkbar: in der Qualifizierung der Projekte und ihrer Akzeptanz (Beispiel Mütterzentrum).

Wie können widersprüchliche Interessen zwischen der Gesamtstadt und dem Stadtteil / Quartier gelöst werden.

Beschlüsse im Konsens fassen wir ja nur zu zusätzlichen innovativen Stadtteilprojekten. Wir haben dabei den Vorteil, dass wir ja keine Beschlüsse über Kürzungen herbeiführen müssen. Vollkommen unbenommen kann und wird die Gesamtstadt im Rahmen ihrer Verantwortung auch Maßnahmen im Stadtteil durchführen. Diese werden sicherlich im Rahmen des Stadtteildiskurses thematisiert und so Einfluss genommen. Die Stadtteilgruppe hat aber keine Möglichkeiten, Beschlüsse der Gesamtstadt zu verhindern.

Ist die Vergabe von öffentlichen Mitteln nicht Aufgabe gewählter Parlamente und nicht willkürlicher, auch noch in wechselnder Zusammensetzung tagender Gremien?

Auf den Hinweis, dass doch über Steuergelder nur von demokratisch gewählten Gremien entschieden werden darf, können wir nur sagen: Erstens hat die Politik dem Stadtteil diese Summen ja per Beschluss zur Verfügung gestellt. Und schließlich sitzen die Politiker/innen ja mit am Tisch. Wenn sie mit einer Maßnahme nicht einverstanden sind, können sie ebenfalls von ihrem Vetorecht Gebrauch machen. Politikbeschlüsse werden so volks- und realitätsnäher. Politik setzt den Rahmen (z.B. durch Vergrößerung oder auch Verkleinerung der Quartiersbudgets) und diskutiert die Prioritäten einfach aktiv mit allen konkret Beteiligten.

Verlängert sich durch die umfangreiche Bewohnerbeteiligung und deren Vetorechte nicht die Dauer bis zur Realisierung von Projekten?

Nein! Wir haben Projekte, die nach einem viertel Jahr umgesetzt sind; und wir haben Projekte, die von der Idee bis zur Umsetzung 8 Jahre brauchten. In der Regel war daran nicht die Bewohnerbeteiligung Schuld, sondern die Komplexität der Projekte (Aufbringen der Grundfinanzierung, rechtliche Probleme etc.). Im Gegenteil, gerade die Bewohner/innen und die Stadtteilgruppe drängen mit ihrem Stadtteildiskurs auf schnellere Entscheidungen; machen öffentlichen Druck.

Staatliche Zuwendungen brauchen doch eine gründlichere Prüfung (z.B. Einhaltung Landeshaushaltsordnung etc.) als es eine Stadtteilgruppe vermag?

Das ist richtig. Deshalb erteilt die Stadtteilgruppe ja im Konsens nur das ‚WiN Gütesiegel‘ für ein Projekt und steckt den Rahmen ab mit bis zu wieviel WiN Mitteln das Projekt aus dem Quartiersbudget gefördert werden soll. Die sachliche Detailprüfung und auch der wirksame Zuwendungsbescheid werden von einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe gewährleistet. Der obliegt auch das gesamtstädtische Controlling über das Programm WiN. Allerdings werden aber nur dann Zuwendungsbescheide erteilt, wenn vorher die Stadtteilgruppe im Konsens über das jeweilige Projekt entschieden hat.

Das mit dem Vetorecht kann doch nicht klappen. Es gibt doch immer Unzufriedene und Querulanten?

Die Praxis hat ja bewiesen, dass es klappt. Allerdings haben wir in den dreizehn Jahren auch turbulente Sitzungen gehabt. Sitzungen wurden vorzeitig beendet. Es gab Ideen, das Konsensprinzip neu zu definieren als ‚Konsens minus 1‘. Und es gibt natürlich auch Möglichkeiten durch gutes Moderieren und Steuern eine Konsensatmosphäre zu schaffen. Schließlich geht es um Verbesserungsprojekte für Tenever - schwieriger ist die Aufteilung des Jahresbudgets auf die einzelnen Projektanmeldungen - denn in der Regel sind die Bedarfe der Projektträger doppelt so groß wie das Budget des Quartiers. Hier ist es Aufgabe der Projektgruppe sowohl zusätzliche Finanzquellen der Resorts oder von Sponsoren etc. für die Projekte zu erschließen. Und es kommt darauf an, sehr genau den Stadteildiskurs (und die Stimmungen) mit zu berücksichtigen, um einen konsensfähigen Vorschlag unterbreiten zu können. Hilfreich ist dabei natürlich, dass sich in den letzten Jahren unter den Hauptakteuren auch Frauen, zumindest Verständnis entwickelt hat.

Gibt es auch bei der millionenschweren Sanierung Bewohnerbeteiligung?

In den letzten Jahren wurden ja bereits einige Hochhäuser erfolgreich mit Bewohner/innenbeteiligung und WiN-Unterstützung saniert. Die jetzt von 2003 - 2008 geplante umfangreiche Sanierung (Erwerb der in Konkurs gegangenen ‚Krause-Gebäude‘, umfangreiche Modernisierung, Abriss einzelner Blöcke, städtebauliche Maßnahmen etc.) ist wesentlich initiiert und konzeptionell mitentwickelt worden von den Akteuren der Stadtteilgruppe. Allerdings gibt es kein Veto-Recht zu einzelnen Maßnahmen / Investitionen. Aber jede Stadtteilgruppensitzung befasst sich mit Sanierungsfragen (mehr Mieter/innen kommen mit Ideen und auch ihren Sorgen), wesentliche Fragen der Sanierung und des Abrisses werden streitbar (wie viel Conciergen pro Hof) diskutiert. Zudem arbeiten Vertreter/innen der Stadtteilgruppe in den von der Sanierungsgesellschaft gebildeten Arbeitsgruppen (Technik, Freiflächenplanung, Umzugmanagement) aktiv mit und berichten über kontroverse Fragen in der Stadtteilgruppe. Und schließlich unterliegen alle konkreten Sanierungsschritte und -projekte der Betroffenen-Beteiligung. Diese wird auch von der Projektgruppe unterstützt.

Abschlussbemerkungen

Die Beteiligung, Mitbestimmung und Mitentscheidung von Bewohner/innen ist ein Kernelement von Quartiersentwicklung; denn um sie geht es. Sie sind die Experten/innen ihres Alltags und die Betroffenen aller Veränderungen.

Die Bildung von Quartiersbudgets in Verbindung mit neuen Beteiligungsrechten und -formen für die Bürger/innen hat sich bewährt. Es ist ein Beitrag für bürgernähere Entscheidungen über die Verwendung kommunaler Finanzen. So wird auch ein Beitrag geleistet für eine engere, transparentere Zusammenarbeit von Bürger/innen, Politik und öffentlicher Verwaltung mit dem Ergebnis größerer Akzeptanz.

Das Konsensprinzip ist gerade auf der überschaubaren Quartiersebene eine Möglichkeit der Entscheidungsfindung.

Die Rolle des Stadteildiskurses (und der Möglichkeit dazu z.B. über solche lokalen Foren wie die Stadtteilgruppe Tenever mit allen relevanten Kräften des Gemeinwesens) ist von besonderer Bedeutung und auch ein wichtiger Seismograph für Verwaltung und Politik.

Auf der Grundlage können auch größere und finanziell umfangreichere Quartiersentwicklungsprogramme entwickelt werden. So ist es eben auch dem Engagement und den Vorschlägen der Stadtteilgruppe Tenever zu verdanken, dass der Bremer Senat nun mit 31 Mio. € ein insgesamt 74 Mio. EURO umfassendes Sanierungsprogramm (Pilotprojekt Stadtumbau West) für diese städtebauliche Sünde der 70er Jahre beschlossen hat.

All das ist gut, zum Teil phantastisch, aber um seiner Rolle als Integrationsquartier gerecht zu werden, bedarf es für Tenever noch ganz anderer Maßnahmen, die mit den Mitteln aus WiN / Sozialer Stadt nicht allein zu lösen sind:

- Sanierung der Wohngebäude und größere städtebauliche Maßnahmen;
- Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für die Bewohner/innen als existenzielle Grundlage;
- Überwindung der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung (mit all ihren Segregationsprozessen);
- Denkt man an die Integrationsleistungen (Kinder, Neubürger etc.) solcher Quartiere wie Tenever für die Gesamtstadt, dann ist es richtig, dass die Gesamtstadt diesen Quartieren und ihren Bürger/innen mehr als die normale Unterstützung zukommen lässt.

Aus meiner Sicht sind die Fortsetzung solcher Programme wie Soziale Stadt und WiN

zwingend erforderlich - zur Stärkung der Integrationskraft unserer Quartiere und auch weil sie solche Zustände wie in den Banlieues von Paris oder mancher englischer Vorstädte (bisher) verhindern helfen.

Hier einige Beispiele für WiN - / Soziale Stadt - Projekte, die dem Ziel der familiengerechten und kinderfreundlichen Quartiersentwicklung besonders und gesondert Rechnung tragen:

- Schaffung eines Frauengesundheits-treffpunktes (mit inhaltlicher und räumlicher Kooperation mit dem Kinder- und Jugendärztlichen Dienst);
- Initiierung von ‚Familienorientierter Arbeit‘ für viele Einrichtungen mit solchen Einzelprojekten wie - Ausbau der Räumlichkeiten für diese familienorientierte Arbeit der Kindertagesheime Andernacher Str. und Schevemoorer Heide (Mündliche Ausführungen zur besonderen Bedeutung der Kindertagesheime und ihrer Kontakte für die gesamte Quartiersarbeit) - Vergrößerung des Hauses der Familie für diese Arbeit mit dem Schwerpunkt ‚Familienbildung‘;
- Errichtung und Betrieb einer Umweltlernwerkstatt mit 3.000 Teilnehmer/innen (insbesondere Kinder der Kindereinrichtungen und Schulen);
- Kinderkulturprojekte mit Künstlern/innen durch das Tenever-Kulturbüro / Quartier e.V.;
- Ausbau des Hallenbades Tenever mit gesondertem Eltern-Kinder-Bereich (statt wie von einigen geplant: Schließung des Bades);
- Bau einer ‚Halle für Bewegung‘ mit Spiellandschaft insbesondere für Eltern-Kinder-Gruppen als auch alle Vorschuleinrichtungen zu für Tenever notwendigen Geringstpreisen;
- Monatliche (demnächst wohl halbmonatliche) Frauenbadetage im fensterverhangenen Hallenbad, um insbesondere muslimischen Frauen und Mädchen die Möglichkeit des Badens zu geben;
- Schaffung eines Mütterzentrums mit Café, Internationalem Mittagstisch, Second-Hand-Shop und Internetcafe, Nähwerkstatt, Qualifizierungsprojekten etc., nicht nur als kommunikativer Treffpunkt sondern auch zur Schaffung von Frauenarbeitsplätzen;
- Ausbau der Versorgung unter Dreijähriger;
- Initiierung und Unterstützung zur flächendeckenden Einführung von Ganztagschulen in Tenever im Grundschul- und Sek 1 - Bereich (eine Gesamtschule als Ganztagschule haben wir schon seit 30 Jahren);
- Unterstützung für Kinderferienprogramme (auch mal raus aus dem Beton);
- Aufbau eines Kinderbauernhofes als eine Attraktion für den Bremer Osten;
- Vielfältigste Umgestaltung vieler Spielflächen, insbesondere der allen öffentlich zur Verfügung stehenden KTH- / Hortspielflächen sowie Schulhöfen, aber auch bei Wohnungsgesellschaften (natürlich alle mit Kinder / Betroffenen Beteiligung; siehe auch Broschüre über Zukunftswerkstätten zur Spielflächenumgestaltung bei einem Hochhaus);
- Fit-Point als SportanimationsZentrum und Ausleihstation (umsonst!) für Spiel/Sportgeräte;
- Schaffung einer Tenever-Liga mit 30 Kinder-Jugend-Freizeitmannschaften. Zweimal pro Woche spielen diese interkulturellen Mannschaften unter dem Motto ‚Integration durch Sport‘;
- Große Skateranlage (allerdings: von der Initiative bis zur Realisierung: 8 Jahre!);
- ‚Spiel im Grünen‘ (einladende Spielgeräte am Wegesrand, Streetballkörbe, Bolzplätze);
- Ausbau der Jugendeinrichtungen (u.a. Jugendcafe, Cliquesräume, Mädchencafe) Fahrrad Ausleihstationen und Fahrradkurse (wichtig z.B. für Migrantinnen);
- Projekt für Schulverweider/innen;
- Unterstützung zum Erhalt der Stadtteilbibliothek;
- Einführung von Tempo 30-Zonen und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der kinderreichsten Straße Bremens;
- Internationale Kleingartenanlage ‚Grüne Oase‘ und Grabeland für die Hochhausbewohner/innen;
- Familienfeste, Familienexkursionen und Gala Tenever;
- usw.

Diskussion

Die knapp 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops stiegen schon während des informativen, umfangreichen und engagierten Input von Joachim Barloschky an unterschiedlichen Stellen in eine Diskussion ein. Neben konkreten Nachfragen zur Arbeit der Projektgruppe Tenever ging es hierbei vor allem um die Reflexion eigener Erfahrungen der Beteiligung. Die Gruppe der Diskutanten/innen einigte sich auf sieben Kernfragen, die im Anschluss an die Mittagspause eingehender erörtert werden sollten. Die Kernfragen waren:

- (1) Methoden und Instrumente: Wie fängt man mit Beteiligung an?
- (2) Wie überwindet man Sprach- und Kulturbarrieren?
- (3) Wie erreicht man besonders benachteiligte Bewohnergruppen?
- (4) Wie sehen Entscheidungswege im Konsensprinzip tatsächlich aus?
- (5) Welchen Stellenwert haben Gremien für die Beteiligung?
- (6) Welche Rolle haben Verwaltung und Politik in Beteiligungsprozessen?
- (7) Was muss man bei der Einbindung von Trägerstrukturen beachten?

Methoden und Instrumente

In der Regel werden bewährte und bereits vieldiskutierte Methoden eingesetzt wie etwa Werkstätten, Foren, Befragungen usw. Wichtig ist immer ein Grundsatz:

Die Quartiersentwicklung muss vor Ort sein (also in kontinuierlichem Kontakt zu den BewohnerInnen) und die Menschen im Stadtteil müssen informiert sein, um mitzuarbeiten.

Informationen lassen sich auch durch Presse – vor allem kostenfreien und oft stadtteilbezogenen Anzeigenblättern – oder einen offenen Kanal streuen. Aktive Pressearbeit sollte ein wichtiger Bestandteil der Quartiersentwicklung sein, damit etwaige Negativ-Berichterstattung ggf. mit der Chefredaktion der Ortszeitung besprochen und verhindert werden kann. Nicht zuletzt sind Aktionen/ Feste und natürlich die Mundpropaganda wichtige Voraussetzungen zur Aktivierung und Beteiligung von Bewoh-

ner/innen. Ein pragmatischer Vorschlag von Joachim Barloschky ist, sich als Quartiersentwickler mit einem Infotisch einen ganzen Tag vor einen Wohnblock zu stellen und ein- und ausgehende Bewohner/innen anzusprechen. So würde man ‚locker‘ 80% aller Mieter/innen des Blocks/Hauses erreichen. Von fundamentaler Bedeutung ist es, die Wirksamkeit von Quartiersentwicklung so schnell wie möglich zu zeigen – also praktische Beispiele und Ergebnisse schaffen. Selbst wenn ein erstes Projekt lediglich die Verlängerung der nächtlichen Straßenbeleuchtung bis nach 1:00 Uhr zur Folge hat, so zeigt sich doch für alle Bewohner/innen, das sich etwas tut. Wichtigere Projekte können somit auf mehr Beteiligung bauen, wenn klar ist, das der Einzelne im Quartier etwas verändern kann.

Sprach- und Kulturbarrieren

In einem Entwicklungsgebiet ist der Migrantenanteil der Bewohnerschaft in der Regel sehr hoch, wobei häufig unterschiedlichste Nationen, Sprachen und Kulturen auf engstem Raum zusammen (oder eben nicht zusammen) leben. Die Quartiersentwicklung sollte nicht durchgängig jeweilige Muttersprachen anbieten – das kann sie auch nicht, wenn etwa 40 unterschiedliche Sprachen gesprochen werden; es bietet sich daher an, Angebote schon in deutscher Sprache als gemeinsames Medium umzusetzen. Ergänzend ist es natürlich geboten, Bewohner/innen mit Migrationshintergrund als Zielgruppe der QE aktiv, d.h. aufsuchend anzusprechen. Hierzu der pragmatische Vorschlag, in den Einrichtungen des Stadtteils – etwa in Kindertagesstätten – immer einmal nachzuhören, ob es etwa besondere Probleme gibt. Die Kitas werden in der Regel auch von Migrantenfamilien genutzt, und die Kinder der zweiten oder dritten Generation sind das Potential für eine sprachliche und kulturelle Integration der Bewohnerschaft im Stadtteil. Darüber hinaus sollte der interkulturelle Stadtteildiskurs durch interkulturelle Werkstätten oder die direkte Ansprache von Sprecher/innen einzelner Migrantengruppen aktiv mitgestaltet werden.

Besonders benachteiligte Gruppen

...sind grundsätzlich am schwersten zu beteiligen, weil man sie einfach schlecht erreicht. Das zeigt auch die verhältnismäßig geringe Beteiligung (gemessen am Anteil, der Gesamtbevölkerung) in vielen Quartiersentwicklungsgebieten. Auch Jugendli-

che, die sich häufig in Cliques (oder auch Gangs) zusammenfinden, beteiligen sich nur am Diskurs, wenn sie ein aktuelles Eigeninteresse durchsetzen möchten – das ist aber auch OK! So wurde darüber berichtet, welchen Effekt eine ‚Horde‘ von Jugendlichen hat, wenn sie zur Umsetzung ihrer Bedürfnisse bei Stadtteilkonferenzen auftreten. Die Erfahrung zeigt, dass solche Auftritte auch Wirkung zeigen. Dahingegen scheint es eine Illusion zu sein, das Ziel einer kontinuierlichen Beteiligung von Jugendlichen an QE-Prozessen aufrechtzuerhalten – dies scheitert nicht zuletzt an der zeitlichen Unterschiedlichkeit von Interessenbekundung und Umsetzungsmaßnahme (besonders deutlich in mehrjährige Planungs- und Bauphasen für Spiel- und Freizeitflächen). Hier hat Beteiligung klare Grenzen!

Entscheidungswege im Konsensprinzip

...sind notwendig, um die Glaubwürdigkeit von Entwicklungsprozessen im Quartier aufzubauen. Dargestellt am Beispiel des Konsensprinzips bei der Entscheidungsfindung in Bremen Tenever (s.o.) wurde noch einmal betont, dass drei Prinzipien unabdingbar sind:

- Bewohnerbedürfnisse und -interessen ernst nehmen
- Empathie
- Bewohner/innen Rechte geben,

denn wenn der/die einzelne merkt, dass Mitreden und Mitarbeiten im Quartier etwas bewirkt, wird er/sie auch zukünftige Maßnahmen und Prozesse verantwortlich mitgestalten. Transparente Entscheidungswege und ein ernstgemeintes Orientieren an den Bewohnerbedürfnissen sind Grundlagen für das Gelingen von sozialen Entwicklungsprozessen.

Der Stellenwert von Gremien

Gremien wie etwa Stadtteilkonferenzen, Steuerungsgruppen oder Stadtteilforen haben im Quartiersentwicklungsprozess einen zentralen Stellenwert als Organ der Bewohner/innen, aber auch anderer beteiligter Stellen wie Wohnungsunternehmen, soziale Einrichtungen, Verwaltung und Politik. Solche Verbände sind enorm wichtig, um Beteiligungsprozesse umsetzbar und in Entscheidungsfindungen einsetzbar zu machen. „Also gilt es, um Gremien fortwährend zu kämpfen“, so ein Kommentar. Solche Einrichtungen dienen einerseits als Steuerungsinstrument der Umsetzung von Quartiersentwicklung, sie sind aber – und das ist

ihre besondere Qualität – auch ein Korrektiv für politische Entscheidungen. Der Sozial- oder Baudezernent wird sich zweimal überlegen, ob er ein Gremium übergeht und sich im nachhinein für (Fehl-)Entscheidungen vor versammelter Gruppe verantworten wird. Im Hinblick auf die quantitative Beteiligung von Bewohner/innen sollte man realistischere aber davon ausgehen, dass das Aktivierungspotential zur Mitarbeit in der Regel bei 1-3% der Einwohnerschaft des Quartiers liegt. „Wenn 80 Aktive bei der Stadtteilkonferenz dabei sind, ist das gut – und im übrigen auch praktikabel.“

Die Rolle von Verwaltung und Politik

Verwaltung und Politik sollten sich immer als Teil des Gesamtprozesses sehen. Wohlweislich, dass der sog. Paradigmenwechsel (hin zum moderierenden/ kooperativen Staat) vor allem für Verwaltung eine enorme Herausforderung ist, ist hierbei aktive Teilnahme und unterstützende Steuerung von öffentlicher Seite gefragt. Als Beispiel hierfür zeigt sich die Konstellation in Bremen-Tenever, in der der Quartiersentwickler zwar Beschäftigter der Verwaltung (ASD) ist, seinen Arbeitsmittelpunkt aber vor Ort im Quartier – und damit in Vermittlungsfunktion zwischen Bewohner/innen und Staat – hat. Dies ist in nicht allzu vielen Quartieren der Fall. Die zentrale Stärke von Verwaltung und Politik als Bestandteil des Gesamtprozesses ist die Garantie der Rechtmäßigkeit (und damit der Rechtfertigung) von Entscheidungen und finanziellen Förderungen.

Einbindung von Trägerstrukturen

Gerade im Hinblick auf die Frage der Nachhaltigkeit von Quartiersentwicklungsprozessen ist es ein vornehmliches Ziel, das Netzwerk sozialer Einrichtungen in die Entwicklung zu integrieren. Es geht nicht lediglich um die Vermeidung von doppelten Strukturen, sondern vielmehr um die Verankerung der Ziele und Ansätze von Quartiersentwicklung in Einrichtungen der Regelförderung. Natürlich ist dieser Ansatz nur möglich, wenn sich beide Seiten – die QE und die Regeleinrichtungen – auf einen Austauschprozess einlassen („Es ist immer ein Geben und Nehmen“). Besonders gute Erfahrungen wurden aus der Zusammenarbeit von QE und Sporteinrichtungen berichtet, denn vor allem für Kinder und Jugendliche sind Sportstätten und Vereine mit offenen Angebote wichtige Anker im Stadtteil. Es geht also immer und überall um Koope-

rationen und Dezentralisierung (Vernetzung), dies ist nicht zuletzt eine wesentliche Kernaufgabe der Quartiersentwicklung nach dem Motto: „Nicht selber machen, sondern Angebot und Nachfrage zusammenführen, Kontakte herstellen und Kooperationen anregen“.

Weitere Informationen:

www.bremen-tenever.de

Projektgruppe Tenever
Joachim Barloschky
Neuwieder Str. 44a
28325 Bremen
Tel. 0421 / 42 57 69
mail: projektgruppe@bremen-tenever.de